

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,



Altenpflegerin Brigitte Heinisch Recht zugesprochen

(Fritz mit seinem Beitrag - Montagsdemo am 01.08.2011)

der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat heute der Berliner Altenpflegerin Brigitte Heinisch Recht zugesprochen. Vom Klinikkonzern Vivantes gekündigt, weil sie Missstände in der Altenpflege öffentlich anprangerte, musste sie letzten Ende gegen ihre eigene Kündigung vor den deutschen Gerichten vorgehen. Und verlor alle Instanzen! Der Europäische Gerichtshof sieht darin eine Verletzung der Meinungsfreiheit. Natürlich schadet die Öffentlichkeit dem Ruf von Vivantes, so der Straßburger Gerichtshof. Allerdings sei **"das öffentliche Interesse an Informationen über Mängel in der institutionellen Altenpflege in einem staatlichen Unternehmen so wichtig (...), dass es gegenüber dem Interesse dieses Unternehmens am Schutz seines Rufes und seiner Geschäftsinteressen überwiegt"**.

Michael Reissenberger vom Südwestfunk schreibt in seinem Kommentar:

„Wenn man doch nur früher auf sie hören würde - auf Menschen wie Brigitte Heinisch, die ihren Beruf ernst nehmen, die auf Gefahren und Missstände hinweisen, auch wenn es die Chefs ärgert. Im BSE-Skandal etwa hatte die Veterinärin Margrit Herbst schon 1990 mehr als 20 Verdachtsfälle an ihre Amtsspitze weitergereicht. Vier Jahre lang geschah nichts. Als sie sich dann in einem Fernsehinterview an die Öffentlichkeit wandte, musste sie prompt wegen Bruchs der Verschwiegenheitspflicht den Arbeitsplatz räumen.“



In Deutschland ist oft die Angst, als üble Petze oder als Denunziant zu gelten und sich dabei den Ast abzusägen, auf dem man sitzt, größer als die Zivilcourage - als das Bewusstsein, auf unhaltbare Zustände, die eigentlich alle angehen, hinzuweisen.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Und hier erteilt der Europäische Menschenrechtsgerichtshof den deutschen Juristen bis hoch zum Bundesverfassungsgericht erneut eine wichtige Lektion - am Fall der unerschrockenen Altenpflegerin Brigitte Heinish. Sie konnte es irgendwann nicht mehr mit ansehen, was in dem Heim ihres - wohlgemerkt - staatlichen Arbeitgebers geschah, was trotz ihrer internen Beschwerden nicht geändert wurde: Dort gab es vernachlässigte, kotverschmierte Heiminsassen, widerrechtlich fixierte Bettlägerige - ohne Schutz gar vor sexuellen Übergriffen.

Wegen Verletzung der Pflicht zur Treue, des Verrats von Betriebsinterna segneten die deutschen Arbeitsrichter ihre Kündigung ab. Das gesellschaftliche Engagement der Altenpflegerin fand keine richtige Würdigung.

Die jetzige Straßburger Ermunterung zu mehr Berücksichtigung von Zivilcourage am Arbeitsplatz sollte vom Berliner Gesetzgeber als Steilvorlage genutzt werden. Der ist ohnehin, nach den Vorstellungen des Europarats und der G-20-Staaten verpflichtet, bis 2012 ein Gesetz zum Schutz von Whistleblowern zu verabschieden - also mutigen Menschen, die im öffentlichen Interesse rechtzeitig Alarm schlagen, den Rücken zu stärken. Menschen wie Brigitte Heinish.“

Weiterer Kommentar überflüssig.



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz